

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 20. Dezember 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 19 30 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die Vorlage über die

Änderung der Gas- und Strombezugsbedingungen. In der Debatte spricht als erster GR. Kunschak (E.L.): Die vorgeschlagenen Änderungen stellen sich als eine Weihnachtsüberraschung dar, die nirgends Freude hervorrufen werde. Sie bedeuten eine schwere Belastung nicht nur der gewerblichen und kaufmännischen Betriebe, sondern auch der Haushaltungen der ärmsten Arbeiter. Es wäre das einfachste gewesen, wenn Abgänge gedeckt werden müssen, die Strom- und Gaspreise um den erforderlichen Betrag zu erhöhen. Das würde eine klare Errechnung geben und dann könnte auch der Einfachste Mann diese Massnahmen beurteilen. Man wählt einen Umweg. Morgen wird kaum ein Dutzend Menschen wissen, was die Erhöhungen für ihren Geldbeutel bedeuten und erst etwa Mitte Februar werden die Leute das erfahren. Es ist auch aus einem anderen Grund eine unangenehme Überraschung. Man hat bisher immer geflissentlich die Gas- und Elektrizitätswerke als vollständig konsolidiert hingestellt. Nun zeigt sich, dass diese Werke in grossem Umfange passiv sind. Es ist bezeichnend, dass man auch das der Bevölkerung, ja nicht einmal dem Gemeinderat eingestehen wollte. Denn bevor man Bevölkerung und Gemeinderat davon in Kenntnis setzte, dass Tarifierhöhungen folgen werden, wurden Wirtschaftspläne vorgelegt, die mit einem Aktivum der beiden Unternehmungen geschlossen haben (Hört! Hört! bei der E.L.) und erst im Zuge der Beratungen wurde festgestellt, dass dieses Aktivum darauf zurückzuführen ist, dass man schon vorweg den Mehrertrag aus den erhöhten Gebühren in die Einnahmen eingesetzt hat. Das ist ein absolut unzulässiger Vorgang, der wieder zeigt, dass St. R. Emmerling den Gemeinderat nur als Abstümmungsmaschine einschätzt. (Zustimmung bei der E.L.) Das Gebahren des St. R. Emmerling braucht einem aber nicht zu verwundern wenn St. R. Weber Wohnhausbauten vergibt obwohl die Bauten vom Gemeinderat noch gar nicht beschlossen worden sind. Es zeigt das wieder so recht anschaulich, wie gross das Selbstherrlichkeitsbewusstsein der amtsführenden Stadträte ist. Zum entschiedensten Protest muss es auch herausfordern, dass wir nicht wissen, aus welchem Grunde die Gas und Elektrizitätswerke eigentlich passiv sind. Das zu wissen hat der Gemeinderat und die ganze Öffentlichkeit ein

Nacht, und wenn man das nicht erfährt, kann man sich den Reim zu diesen Tarif-
 erhöhungen selbst machen. Man kann zur Annahme kommen, dass die Werke so
 miserabel geführt werden, dass sich daraus diese Misserfolge ergeben. Ich wür-
 de dieser Annahme entgegentreten, weil ich weiss, dass zum Beispiel an der
 Spitze der Gaswerke ein Mann steht, dessen Gewissenhaftigkeit über jeden
 Zweifel erhaben ist und dessen fachtechnische und kaufmännische Beschäftigung
 keiner Bestätigung bedarf, weil sie international anerkannt ist. Wir haben al-
 so keine Sorge, dass das schlechte Betriebsergebnis der Gaswerke auf ein Ver-
 schulden der verantwortlichen Leitung zurückzuführen sei. Was ich hinsicht-
 lich des Elektrizitätswerkes sagen soll weiss ich nicht. Man hört über die
 Vorgänge beim Elektrizitätswerk allelei, was Anlass zu Zweifeln gibt, ob
 dort die Betriebsführung die richtige ist. Nicht etwa unter dem Gesichtswin-
 kel der kaufmännischen und technischen Tüchtigkeit oder einer gewissenhaf-
 ten Pflichtauffassung. Aber was zum Beispiel am 15. Juli auf der Ringstrasse
 und am Schmerlingplatz offenbar geworden ist, war der explosive Ausdruck
 eines Zustandes von dem man beim Elektrizitätswerk schon längst gewusst hat.
 Die Leitung des Elektrizitätswerkes steht stark unter Einflüssen, die nament-
 lich in der Personalpolitik einen bolschewistischen Charakter tragen (Hört!
 Hört! bei der E.L.) und es liegt die Vermutung nahe, dass die Direktion dem-
 gegenüber nicht die notwendige Kraft aufzubringen vermochte, und dass sie
 in dem Kampf gegen diesen Uebelstand an dem amtsführenden Stadtrat keine
 Stütze gefunden hat, braucht wohl nicht erst bewiesen zu werden. Denn seine
 Energie erschöpft sich dem Gemeinderat gegenüber (Zustimmung bei der E.L.)
 und von ihr bleibt nichts mehr übrig. Die Ursachen für die passive Gebarung
 der Gaswerke liegen also in Dingen, die zwangsläufig gegeben sind, in der Ver-
 teuerung der Rohmaterialien oder in einem mit den Preisen nicht mehr im
 Einklang stehenden Personalaufwand. Aber man erfährt von alledem nichts. Sicher
 ist an der unbefriedigenden Gebarung aller drei städtischen Unternehmungen
 insbesondere aber des Gas- und Elektrizitätswerkes der Umstand schuld, dass
 man ihnen Lasten auferlegt, die sie nicht tragen sollen und auch nicht können.
 Wir haben oft davor gewarnt, dass man wretvermehrnde Investitionen auf Be-
 triebskosten lege. Man hat sich schliesslich zur Aufnahme der Dollaranleihe
 entschlossen, um damit den grössten Teil der Investitionen zu bestreiten.
 Aber da hat man die einzelnen Unternehmungen ungleich behandelt. Die Stras-
 senbahn hat die Dollaranleihe für die kleinsten laufenden Bedürfnisse bekom-
 men, dem Gaswerk hat man zwar auch zuerst neun Millionen Schilling gegeben,
 dann aber fünf Millionen Investitionen aus der Dollaranleihe herausgenommen
 und sie auf die Betriebsmittel des Gaswerkes verwiesen (Lebhafte Hört! Hörtruft
 bei der E.L.)

Dass man die Investitionen auf die Betriebsmittel verweist hat die Folge, dass die Unternehmungen auf teure Bankkredite angewiesen sind und dass sie ein überflüssiges Zinskonto bekommen. Darin liegt eine der wichtigsten Ursachen für die unerquickliche Gebarung der Gas- und Elektrizitätswerke. Vernünftigerweise müsste man jetzt wenigstens Schluss machen mit der Ueberweisung wertvermehrender Investitionen auf Betriebsmittel. Die Arbeiter werden sich sehr schön bedanken, wenn sie die Investitionspolitik der Gemeinde in der Gas- und Stromrechnung werden bezahlen müssen. St. R. Breitner hat ges- in einer Erwiderung auf die Ausführungen des Gr. Zimmerl behauptet, dass unter irgendwelchen ideellen Titeln Reserven vorhanden sind. Das kann nicht der Fall sein. Denn für das Jahr 1929 wurde ohnehin die Abschreibungsreserve des Gaswerkes mit 9'3 Millionen und im Jahre 1928 die des Elektrizitätswerkes mit 9'7 und im Jahre 1929 mit 5 Millionen belastet. Wie können da Abschreibungsreserven vorhanden sein. Die städtischen Unternehmungen sind ^{in der Defizit} trotz ihrer guten kaufmännischen Führung durch die ganz verfehlte Finanzpolitik hineingekommen, die der amtsführende Stadtrat und die Mehrheit bei den Unternehmungen getrieben hat. Der Verantwortliche für diese Weihnachts-^{überr}ücherrschung ist nur am Referententisch zu suchen. Zu einer so grossen Verwaltungsgruppe braucht man mehr an geistigen, aber auch an sittlichen Qualitäten als die über welche offenkundig der amtsführende Stadtrat Emmerling verfügt. Im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Direktors Karel ist davon gesprochen worden, dass in aller Form eine Generaldirektion der städtischen Monopolunternehmungen geschaffen werden soll und von sehr ernsten Leuten mit der Name Emmerling genannt worden. Nach dem was wir heute erleben ist der Befähigungsnachweis erbracht aber in dem Sinn, dass St. R. Emmerling noch sehr viel wird aufholen müssen um seine derzeitige Stellung zu rechtfertigen und dass da alle Aspirationen wohl in das Reich der Fabel müssen verwiesen werden. Wir müssen nicht nur wegen des Umfanges der Mehrbelastung, nicht nur wegen der mangelhaften Begründung sondern auch deshalb diese Erhöhungen ablehnen - es soll das gar keine persönliche Spitze darstellen, sondern eine sachliche Kritik - weil sie uns vom amtsführenden Stadtrat zur Annahme empfohlen werden (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der E. L.)

GR. Schelz (E. L.) bemerkt, Gas- und Elektrizitätswerke sollen auf Kosten der Wiener Bevölkerung saniert werden. Solange Sie in den Unternehmungen Politik betrieben haben, haben Sie eine Wirtschaftlichkeit nicht gekannt. Das ist auch die Ursache der Defizite. Diese sollen jetzt durch eine Preiserhöhung hereingebracht werden. Sie führen etwas ein, was die Gas- und Elektrizitätswerke schon seit Jahrzehnten haben. Die Zählermieten haben Sie seinerzeit

übernommen und im Jahre 1928 haben Sie die Zähler- und Gasmessermiete in den Gas- und Strompreis eingebaut. Der Bevölkerung jedoch haben Sie gesagt, dass Sie die Mieten einfach aufheben. Der Redner erläutert dann an der Hand einiger Beispiele die Auswirkung der Grundgebühr für den Stromzähler und der Strompreiserhöhung. Ein kleiner Haushalt, der im Monat drei Kilowatt verbraucht und jetzt jährlich 18'72 Schilling bezahlt, wird nach der Erhöhung 27'72 Schilling, also um 50 Prozent mehr zahlen müssen. Ein Industrieunternehmen, das einen Lichtstromverbrauch im Jahr von 5296 Kilowatt hat, zahlt jetzt 2754 Schilling. Die Mehrbelastung wird bei diesem Unternehmen 588 Schilling oder 21'6 Prozent ausmachen. Dasselbe Unternehmen verbraucht im Jahr 66.271 Kilowatt und zahlt dafür 16.577 Schilling. Die Erhöhung wird 3900 Schilling betragen oder 30 Prozent. Ein Kleingewerbetreibender hat einen Zehn P.S. Motor und verbraucht im Jahr 1560 Kilowatt. Er zahlt dafür 390 Schilling. Die Mehrbelastung wird 271 Schilling oder 69 Prozent betragen. Eine Aufzugsanlage hat einen Jahresbedarf von 1172 Kilowatt. Die Mehrbelastung wird 118 Prozent ausmachen. Eine Umformeranlage verbraucht im Jahr 13.354 Kilowatt. Die Mehrbelastung wird 144 Prozent ausmachen. Der Raubzug wird insbesondere auf die Taschen der Kraftstromverbraucher geführt. Da viele Anlagen eine grössere Zählertypen haben, als notwendig ist, stelle ich den Antrag, dass vor Inkrafttreten der Grundgebühr die Anlagen auf ihren Anschlusswert zu prüfen und die Zähler entsprechend der Anlagen ausgetauscht werden. Der Redner erklärt, dass die geplanten Tarifmassnahmen die unsozialste Tat sind, die je getroffen wurde. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Bfeiffer (E. L.) erklärt, dass bei objektiver Behandlung der Vorlage dieselbe im Gemeinderat unbedingt abgelehnt werden müsste. Das ist aber leider nicht der Fall, da die Mehrheit keine Rücksicht auf die Wirtschaft nimmt. Die Tarifmassnahmen werden mit den Defiziten begründet. Wir glauben weder an ein Defizit, noch an die Notwendigkeit von solchen. Es ist eine Tatsache, dass bei stetig steigendem Konsum die Preise verbilligt werden müssen. Bei den städtischen Unternehmungen ist jedoch das Gegenteil der Fall. Von den Tarifmassnahmen wird die Bevölkerung sehr schwer getroffen. Die Verteuerung der Produktionskosten wird ebenfalls auf die Bevölkerung überwältigt werden. Die Erhöhung der Post-Telegraph- und Telefongebühren sowie die Erhöhung des Strom- und Gaspreises sind zwei Weihnachtsgeschenke ganz fürchterlicher Art. Wenn nicht einmal die Einsicht platzgreift, dass die Wirtschaft keine Belastung mehr verträgt, muss es zu einem Zusammenbruch kommen. Die Vorlage wurde überfallsartig eingebracht, da die Mehrheit keine ernste Erörterung haben wollte. Sie werden entgegen allen Vernunftsgründen ^{für} die Vorlage stimmen, wir sind jedoch mit dem grössten Misstrauen erfüllt und lehnen die Vorlage ab. (Beifall).

GR. Baffinger (E.L.) erklärt, dass die Bestimmung, für die Beistellung und Instandhaltung des Stromzählers, für das Ablesen, für die Verrechnung und für das Inkasso eine Grundgebühr einzuheben, überaus aufreizend wirkt. Hinsichtlich der seinerzeit geleisteten Vorauszahlungen erklärt der Redner, dass es nicht angeht, dass armen Leuten, die mit der Zahlung in Rückstand bleiben, Gas und Strom entzogen werden, da sie ja seinerzeit die Vorauszahlungen geleistet haben, daher Gläubiger des Gas- und Elektrizitätswerkes sind. Die Vorlage muss bei der Bevölkerung den grössten Unmut auslösen. (Beifall.)

GR. Ellend (E.L.) bemerkt, dass jetzt, statt dass die Vorauszahlungen für Gas- und Elektrizität zurückerstattet werden, der Bevölkerung neue Belastungen auferlegt werden. Dass sich bei den Unternehmungen Defizite ergeben, ist offenbar auf den politischen Druck, der bei diesen Unternehmungen herrscht, zurückzuführen. Wahrscheinlich sind das solche Elemente, die, wenn sie am Morgen aufstehen, sich in die Hände spucken und dann den ganzen Tag über nichts machen. Der Redner bezeichnet es als ganz unzulässig, dass in Anzeigen des Elektrizitätswerkes für sozialdemokratische gemeinwirtschaftliche Unternehmungen Reklame gemacht wird und verlangt, dass bei den Vergabungen der Monopolbetriebe alle Gewerbetreibenden berücksichtigt werden. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

GR. Altmayer (E.L.) protestiert dagegen, dass die Vorlage in einer solchen Art eingebracht wurde. Der Gemeinderat und Ausschuss sind davon überrascht worden, obwohl der Ausschuss wochenlang über die Wirtschaftspläne verhandelt hat, hat er von der Erhöhung nichts erfahren. Der Ausschuss ist überhaupt der Ausschuss der vollendeten Tatsachen. Die Vorlage würde eine Obstruktion verdienen. Wir sind aber durch die vielen Sitzungen zermürbt. Glauben Sie aber nicht, dass die Wirtschaft dergleichen ruhig hinnehmen wird. Man wird uns durch solche Vorgänge im Ausschuss zu einer anderen Taktik zwingen. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Vizebgm. Emmerling stellt zunächst gegenüber den Ausführungen des GR. Altmayer fest, dass im achter Ausschuss mit Ausnahme der Fälle, die in den Sommermonaten erledigt werden mussten nachträglichen Genehmigungen nie gekommen ist. Gegenüber den Ausführungen des GR. Kunschak erinnert das Vizebgm. daran, dass nach einem Senatsbeschlusse im Stadtsenat von Fall zu Fall je nach der Veränderung der Wirtschaftslage der Unternehmungen der Strom- und Gaspreis hätte bestimmt werden können. Wenn wir solche Erhöhungen im Ausmass von Bruchteilen eines Groschens nicht vorgeschlagen haben, so deshalb, weil wir gehofft haben, die Mehrauslagen durch die Betriebsverbesserungen

und durch die Steigerung der Abnehmerzahl werden hereinbringen können, was uns ja, eistens auch gelungen ist. Wir haben Jahr für Jahr anlässlich der Rechnungsabschlüsse darauf hingewiesen, dass wir angesichts der ganz bescheidenen Gewinne der städtischen Unternehmungen keine rechten Rücklagen haben, die eine Bestreitung der Mehrauslagen ermöglichen würden und die Opposition die war es, die immer behauptet hat, wir hätten mehr Gewinne als die wir aus-

weisen, und die uns den Vorwurf gemacht hat, dass wir Gewinne verschleiern. Wenn wir anstatt des eingeschlagenen Weges eine Erhöhung der Gaspreise hätten vornehmen wollen, so hätte es eine Erhöhung um zwei Groschen sein müssen, die die Bevölkerung stärker belastet hätte als die Grundgebühr. St. R. Kunschak ist mit seiner Behauptung ganz im Unrecht, dass wir für die Vorlage keine Begründung gegeben hätten. Ich habe sowohl im Stadtsenat wie auch gestern im Gemeinderat die Mehrausgaben Post für Post angeführt und darauf hingewiesen, dass Mehrausgaben von 49'6 Millionen Mehreinnahmen von nur 31'3 Millionen gegenüberstehen. Was die Passivzinsen betrifft, so müssen Sie bedenken, dass wir für die rund 70 Millionen Schilling der Dollaranleihe etwa zehn Prozent, dass sind 7 Millionen Schilling in der Bilanz unterzubringen haben. Da wir keine rechten Rücklagen haben, so wird natürlich dadurch das Budget belastet. Vor allem anderen kommen aber auch die Bundessteuern in Betracht, die uns vorgeschrieben werden. Wir haben, nachdem wir dem Gemeinderat die Eröffnungsbilanz unterbreitet hatten, mit dem Finanzministerium die Art und Weise wie unsere Unternehmungen zu behandeln sind, abgesprochen. Nun hat uns das Finanzministerium für die 1925 statt der von uns errechneten 4 einhalb Millionen 19'6 Millionen, statt der von uns errechneten 5'4 Millionen für 1926

20'2 Millionen (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der Mehrheit) und anstatt der von uns für das Jahr 1927 errechneten 3'1 Millionen 11 Millionen Körperschaftsteuer vorgeschrieben (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der Mehrheit). Die Steuerbehörde hat uns eben nicht so behandelt, wie sie andere Elektrizitätswerke behandeln würde. Die hat erklärt, es geht die Steuerbehörde nicht an, dass wir den Strassenbahnen den Strom billiger berechnen und hat selbst angenommen, wieviel wir der Strassenbahn zu verrechnen haben. Wenn wir ferner auf die Zinsen verwiesen haben, die wir zu zahlen haben, hat man uns gesagt, das wir bei den betreffenden Banken auch Geld der Gemeinde liegen haben (Lebhafte Zwischenrufe bei der Minderheit). Ein Privatunternehmen, das so behandelt wird, muss zugrunde gehen, weil es nicht die Möglichkeit hat zurückzurechnen und den Konsumenten Nachzahlungen aufzuerlegen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit). Abg. Kunschak: Warum haben Sie die Vorschreibungen gleich anerkannt? Wir haben die Vorschreibungen erst jetzt erhalten. Man wirft uns ferner die teuren Bankzinsen vor. Da kann ich nur auf den Beschluss des Finanzausschusses verweisen, wonach die Gemeinde den Unternehmungen nur jene Sätze zu verrechnen hat, die sie selbst für ihre Guthabungen bei den Banken bekommt. So billiges Geld wie es unsere Unternehmungen haben, gibt es überhaupt nicht. Was ferner die Abschreibungen betrifft, so sehen wir für 1930 beim Elektrizitätswerk solche Abschreibungen im Betrage von 9'8 Millionen vor, aus welchem Titel die Elektrizitätswerke auch wieder Investitionen machen können, wie die städtischen Unternehmungen aus dem Titel der Abschreibungen ja grosse Investitionen bestritten haben. Was schliesslich die Bemerkungen des Abg. Kunschak betrifft die sich auf Blättermeldungen beziehen, so gehe ich, da mir bekannt ist, dass dergleichen Nachrichten in der Freiheit erschienen waren darauf nicht ein, da für mich kein Anlass besteht mit einer solchen Quelle zu befassen. Vizebgm. Emmerling ersucht schliesslich seine Anträge zu genehmigen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Vorlage durch die Mehrheit, was von der Minderheit mit ironischem Beifall beglückwünscht wird. Der Antrag Schelz-Daffinger auf Ueberprüfung der Zähler wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister Seitz hält nun folgende Schlussrede: Es ist die letzte Sitzung in diesem Jahr das ein Jahr schwerster Arbeit nicht nur in der Stadt Wien, sondern in der ganzen Republik war. In diesem Jahr hat es Augenblicke gegeben, in denen es der Besonnenheit aller bedurfte um die Republik und unsere Stadt vor schweren Schäden zu bewahren. Es ist uns gelungen die Jahrhundertalten Gerechtsame und Rechte Wiens zu wahren, und eine Krise zu bannen, die ganz Oesterreich, vor allem aber Wien in schwerste Gefahren gestürzt hätte. (St. R. Rummelhardt: Das ist das Verdienst des Bundeskanzlers Schober!) Hoffen wir, dass die schweren Schäden, die unserer Wirtschaft zugefügt worden sind, wieder behoben werden. Die würgende Arbeitslosigkeit muss durch das Zusammenwirken aller gebannt werden. (Lebhafter Beifall). Mit einem Dank an all Mitarbeiter für die in diesem Jahr geleistete Arbeit und mit Neujahrswünschen an die gesamte Bevölkerung schloss der Bürgermeister die letzte Sitzung im alten Jahr.